

Die E-Mail-Debatte

«Mit dem Argument Gratsianwälte zeigen Sie nur Ihre Verwirrtheit»

Jacqueline Badran kann nicht verstehen, warum die SVP das Asylgesetz bekämpft. Es brauche keine Revision, findet Gregor Rutz, sondern bessere Arbeit im Vollzug

Jacqueline Badran

Werter Herr Rutz, seit Jahren werden von ausnahmslos allen Seiten beschleunigte Asylverfahren gefordert. Jetzt liegt endlich eine Vorlage auf dem Tisch. Ihre Partei hat dagegen das Referendum ergriffen und tritt mit doch eher gesuchten und konstruierten Argumenten an. Alle - auch Sie - fordern ebenso mehr Vororthilfe etwa in den Flüchtlingslagern in Libanon oder in Jordanien, wo Millionen von Kriegsvertriebenen leben. Sie und Ihre Partei stimmten aber gegen eine Budgeterhöhung für Vororthilfe. Sie machen das Gegenteil von dem, was Sie proklamieren. Ich werde das Gefühl nicht los, dass Sie die Probleme gar nicht lösen wollen.

Gregor Rutz

Liebe Frau Badran, die Migrationsströme nach Europa haben kaum mehr fassbare Ausmasse angenommen, und das Schlepperwesen floriert. Kriminelle Organisationen bereichern sich schamlos am Leid von Menschen. Hier sind Lösungen gefordert. Stattdessen wird die Asylproblematik von den meisten Parteien und Politikern schön geredet oder totgeschwiegen. Tatsache ist: In den vergangenen zehn Jahren sind die Ausgaben für internationale Zusammenarbeit um fast 60 Prozent gestiegen. Eine Schwerpunktbildung hat - trotz unserer Forderung - nie stattgefunden. Die Gelder von über 3,5 Milliarden Franken versickern zu einem beachtlichen Teil in der Administration. Diese Mittel müssen gezielt für die Bewältigung der Migrationsströme eingesetzt werden. Dafür brauchen wir kein neues Asylgesetz, sondern gute Arbeit im Bereich Vollzug.

Jacqueline Badran

Entwicklungszusammenarbeit hilft nachweislich, die Ursachen der Migration zu bekämpfen. Wenig hilfreich ist es allerdings, wenn Ihre Partei den Schutz von korrupten Diktatoren aus Afrika oder dem Osten verstärkt statt senkt. Diese transferieren Milliarden, die sie dem Volk gestohlen haben, in die Schweiz. Und Sie wollten die Möglichkeiten

Debattierer



Jacqueline Badran, 53, ist Nationalrätin der SP aus dem Kanton Zürich. Die Biologin und Ökonomin führt ein eigenes Unternehmen im IT-Bereich.



Gregor Rutz, 43, ist SVP-Nationalrat aus dem Kanton Zürich. Der Jurist ist Unternehmer und Inhaber einer Agentur für Kommunikationsberatung.

einschränken, solche Leute zu verfolgen. Das ist krankhaft. Das abscheuliche Schlepper-geschäft könnte man ebenfalls längst beenden, indem man sich vehement für ein europaweites Botschafts asyl einsetzt oder indem der Westen Kontingentflüchtlinge aufnimmt. Aber Sie wollen das Gegenteil. Sie verhindern alle Verbesserungen, sowohl bei den Fluchtursachen als auch bei verbesserten und beschleunigten Asylverfahren.

Gregor Rutz

Sie lenken ab. Das Hauptproblem ist, dass Hunderttausende von Migrantinnen nach Europa strömen in der Hoffnung auf ein besseres Leben. Die unbeholfene Politik der EU, allen voran Kanzlerin Angela Merkel, sendet völlig falsche Signale aus - Stichwort Willkommenskultur. Dadurch wird erst der Boden für das Schlepperwesen bereitet. Kommt hinzu: Europa ist diesem Zustrom sowohl logistisch als auch politisch überhaupt nicht gewachsen. Dies bringt Unsicherheit, Unruhe und politische Instabilität. Gar nicht zu sprechen von den Sicherheitsproblemen, welche durch Parallelkulturen entstehen - siehe Brüssel und Paris. Dort hat man die Migrationsprobleme lange unter den Teppich gewischt. Noch einmal: Wir setzen unsere Entwicklungsgelder falsch ein - hier gälte es, Schwerpunkte zu bilden. Mit dem neuen Asylgesetz und den vorgesehenen Gratsianwälden steigern wir die Attraktivität der Schweiz als Zielland für Migranten weiter. Genau das Gegenteil wäre richtig.

Jacqueline Badran

Ich konfrontiere Sie mit Inkonsistenzen Ihrer Flüchtlingspolitik, worauf Sie über die Willkommenskultur lamentieren, die wir gar nicht beeinflussen können. Und Sie werfen mir vor, ich weiche aus? Das zeigt, wie sehr Sie sich verrannt haben. Jetzt fordert Ihr Dossierverantwortlicher Andreas Glarner sogar Stachelndraht um die Schweiz, obwohl nur 1 Prozent der Migranten über die grüne Grenze kommen. Da schüttelt selbst euer Parteipräsident den Kopf. Auch mit dem Argument

Gratsianwälden, mit dem Sie die Revision bekämpfen, zeigen Sie nur Ihre Verwirrtheit. Erstens gab es schon immer kostenlosen Rechtsbeistand. Wir sind ja ein Rechtsstaat und keine Bananenrepublik. Zweitens werden diese Anwälte neu pauschal und recht bescheiden entschädigt. Damit wird ein Anreiz geschaffen, die Verfahren nicht zu verlängern. Damals im Kosovokrieg wurden die Verfahren auch beschleunigt, worauf die Asylgesuche schlagartig gesunken sind. Wir werden als Zielland also unattraktiver. Das sind Fakten. Sie hingegen haben kein einziges stichhaltiges Argument gegen die Revision. Nur damit das klar ist: Niemand findet es gut, wenn 60 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht sind. Niemand vernebelt die Probleme, die daraus entstehen. Ein echtes Drama ist es aber für die Vertriebenen selbst, nicht für uns, die das leistungsfreie Glück haben, hier leben zu dürfen. Deshalb setze ich mich auch vehement für die Bekämpfung der Fluchtursachen ein. Auch da helfen Sie nie mit.

Gregor Rutz

Ich muss den Kopf schütteln über diese romantischen Vorstellungen. Selbstverständlich können wir etwas gegen die fehlgeleitete EU-Politik machen: Wir müssen endlich Ordnung schaffen, unsere Rechtsordnung durchsetzen und für die Einhaltung des Dubliner Abkommens kämpfen. Gerade weil wir ein Rechtsstaat sind, darf es nicht sein, dass einer einzelnen Gruppe von Menschen gratis Anwälte zur Seite gestellt werden. Bereits heute gibt es kostenlose Rechtsbeistände - aber nur, wenn gewisse Voraussetzungen erfüllt sind. Für Schweizer wie für Asylbewerber. Warum Letztere nun plötzlich bevorzugt behandelt werden sollen, verstehe ich nicht. Unser Problem ist, dass diejenigen Migranten, welche einmal hier sind, kaum mehr ausgewiesen werden können. Wir müssen im Vollzug ansetzen und nicht einfach neue Gesetze machen, um das Gewissen zu beruhigen. Das ist nicht seriös. Darum lehne ich die Asylrevision ab.



Nachgefragt bei Peter B. Birrer

Weshalb dominieren die spanischen Klubs im europäischen Fussball?

Die Hälfte der Europacup-Halbfinalisten seit 2014 stammt aus Spanien. Der Champions-League-Final wird zum Madrider Stadt-Derby zwischen Real und Atlético. Und in der Europa League strebt der FC Sevilla gegen Liverpool den dritten Titel in Folge an. Das kann kein Zufall sein. Italien hat als Spitzenklub derzeit nur Juventus Turin, Frankreich nur Paris St-Germain, in England haben Manchester United und Chelsea Mühe, in Deutschland bleibt zu viel am FC Bayern München hängen. Es fehlt diesen Klubs der Wettbewerb auf nationaler Ebene.

Das ist in Spanien anders. Dort liefern sich Real Madrid und Barcelona seit Jahren einen Zweikampf, der anstachelt, politische Kreise erfasst und zu einem Wetttrüben geführt hat, das irrationale Züge trägt. Im Vergleich der Offensivspieler Lionel Messi bei Barcelona und Cristiano Ronaldo bei Real Madrid geht es nicht nur darum, wer besser ist. Sondern auch: Wer ist teurer? Barça und Real sind mit bald 600 Millionen Euro pro Jahr die umsatzstärksten Fussballklubs. Da mag die englische Premier League noch so sehr von Geld aus Fernsehrechten überschüttet werden - die besten Offensivspieler sind nicht auf der Insel zu sehen, sondern mit Messi, Neymar und Suárez in Barcelona sowie mit Ronaldo, Bale und Benzema in Madrid bei Real.

Das Duo wird durch Atlético Madrid zum Trio ergänzt, und auch Klubs wie Villarreal und Sevilla erregen Aufsehen. Die auf Technik, Wendigkeit und Direktspiel fokussierte spanische Ausbildung bleibt beispielhaft. Aber nicht alle sehen die Primera División rosarot. Die Finanzen seien intransparent, und die öffentliche Hand sei zu stark mit den Klubs verhängt, sagen Kritiker. Es gibt auch eine zynische Erklärung für den Erfolg: Womöglich hat Spanien die besten Sportärzte, die sich am weitesten zu gehen getrauen. Dass der frühere Barcelona-Trainer Josep Guardiola jetzt beim FC Bayern München wiederholt die medizinische Abteilung kritisiert, weil diese verletzte Spieler zu langsam fit bringe, lässt aufhorchen.

Peter B. Birrer ist NZZ-Sportredaktor.

51 Prozent

Wann feiern wir eigentlich den Leihmuttertag?



Nicole Althaus

Janet Jackson hat sich zu ihrem 50. Geburtstag eine Schwangerschaft geleistet. Rechtzeitig zum Muttertag verkündete der Star die frohe Botschaft, und prompt jubelte die Presse über das «vorzeitige Geburtstagsgeschenk» und das perfekte Timing. Man werweisste ein bisschen über den Vater, rätselte darüber, wann die unterbrochene Konzerttournee fortgesetzt wird, und fragte sich, ob das Baby Michael getauft werde, sollte es ein Bub sein. Wer alles an der Einnistung des befruchteten Eis in der Bauchhöhle des Stars beteiligt war, fragte sich niemand, das will offensichtlich so genau auch keiner wissen. Hauptsache, das Ergebnis stimmt: Das Investment hat sich gelohnt, der Kinderwunsch ist auf dem Weg zur Erfüllung, und eine Frau wird jenseits ihrer Fruchtbarkeit noch Mutter. Wenn das kein Grund zum Feiern ist!

Ich bin weder Gegnerin der modernen Fortpflanzungsmedizin, noch interessiert mich, wer mit wem im oder ausserhalb des Bettes Kinder zeugt. Ich habe auch nichts gegen späte Mütter oder schwule Väter. Mit den Moral- und Rollenvorstellungen des

letzten Jahrhunderts lassen sich die drängenden Fragen der modernen Reproduktion nicht beantworten. Stellen diese doch weit mehr auf den Kopf als traditionelle Bilder von der «richtigen» Familie oder der «guten» Mutter. Heute ist nicht einmal mehr klar, was Mutterschaft noch bedeutet und wen wir mit dem Muttertag genau feiern. Alle Frauen, die Kinder gebären und aufziehen, hat die Antwort bisher gelautet. Doch was im letzten Jahrhundert noch gegolten hat, ist heute bloss noch eine Behauptung: Denn wer, bitte schön, lädt die Leihmutter zum Essen ein? Wer schickt der Eizellenspenderin einen Blumenstrauß? Wo bleiben die salbungsvollen Worte an all die Frauen, die ihre Gesundheit und Fruchtbarkeit aufs Spiel setzen, um unfruchtbaren Frauen oder homosexuellen Männern den Kinderwunsch zu erfüllen? Sie gehen vergessen, schlimmer noch: Sie werden von den modernen Konstrukten sozialer Elternschaft ausgelöscht.

Seit Mutterschaft eine Frage des Zugangs zu reproduktiven Ressourcen ist, hat das Recht der Bestimmung über den weiblichen Bauch eine neue Dimension bekommen. Es muss nicht mehr nur gegen das andere Geschlecht verteidigt werden, sondern zunehmend gegen das eigene. Alter, Homosexualität oder Unfruchtbarkeit sind keine Unwägbarkeiten des Lebens mehr, sondern bloss noch ein Hindernis mit Preisschild. Wer zahlen kann, hat die Reproduktionsmacht. Die Last aber wird den schlechter situierten Frauen aufgebürdet. Und die damit verbundenen unangenehmen Fragen werden auf



Heute ist nicht einmal mehr klar, was Mutterschaft noch bedeutet und wen wir mit dem Muttertag genau feiern. Alle Frauen, die Kinder gebären und aufziehen, hat die Antwort bisher gelautet.

Eis gelegt, wie die Eizellen junger Frauen: Soll das Austragen eines Kindes als Arbeit betrachtet werden, die geregelt und entlohnt werden muss? Wer hat die Hoheit über den Leihmutterkörper - die Schwangere, die das Kind austrägt, oder die Eltern, die für das Kind bezahlen? Wann tritt eine Leihmutter das Recht auf das Kind, das sie trägt, ab? Bei der Befruchtung oder erst bei der Geburt?

Die Kommerzialisierung der menschlichen Fortpflanzung ist zwar weiter fortgeschritten als das gesellschaftliche Bewusstsein für die damit verbundenen ethischen Dilemmas. Noch ist man sich in den meisten Ländern einig, dass man sie nicht den Gesetzen des freien Marktes aussetzen darf. Nicht umsonst ist vielerorts bloss die Eizellenspende legal, nicht aber deren Verkauf. Es gibt dafür eine staatlich kontrollierte finanzielle Entschädigung, aber keinen von der Nachfrage abhängigen Erlös. Man kann diese Regeln als verbalen Euphemismus belächeln, doch sie stehen für den politischen Willen, Frauen in Schwellenländern nicht zu Leibeigenen in einem reproduktiven Selbstbedienungsladen verkommen zu lassen. Fällt dieser Wille, bekommt Simone de Beauvoir nicht nur im emanzipatorischen, sondern im wörtlichen Sinn recht: Mutterschaft wird für viele Frauen tatsächlich zur «Verklavung durch die Gattung». Besonders am Muttertag darf man die Schattenseiten des Fortschritts nicht verschweigen.

Nicole Althaus ist stellvertretende Chefredaktorin der «NZZ am Sonntag».

Strittis Schlagzeile

Zu den Kandidaten für die US-Präsidentschaft.



Hermann Strittmatter ist Gründer und Leiter der Werbeagentur GKK in Zürich.